

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912

29 (30.1.1912) Zweites Blatt

Rezeptionspreis:
in Karlsruhe und Vor-
orten: frei ins Haus
geliefert vierteljährlich
ab 1.05, an den Ausgabestellen
ab 1.10 monatlich. 50 Pfennig.
Auswärts frei ins
Haus geliefert viertel-
jährlich 2.22. Am Post-
schalter ab 1.10. Ein-
zelnummer 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition:
Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

Anzeigen:
die einseitige Beilage über
den Raum 20 Pfennig.
Reklamezeitung 45 Pfennig.
Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme:
größere spätestens bis 12 Uhr
mittags, kleinere spätestens
bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlässe:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 2094.

Zweites Blatt

Begründet 1803

Dienstag, den 30. Januar 1912

109. Jahrgang

Nummer 29

Verwickelte Fragen.

Die innere Politik Englands wird von Fragen bewegt, für die bei uns in Deutschland entweder kein Boden vorhanden ist, oder die bei uns bereits geregelt sind. Zu diesen letzteren gehören z. B. die Versicherungs- und die Schulfragen. Zu den ersteren sind zu rechnen die Home-Rule-Frage für Irland und die Entschärfung der anglikanischen Kirche in Wales. Während die Frage, ob den Frauen das politische Wahlrecht zu erteilen sei oder nicht, auch bei uns einem gewissen Interesse begegnet. Allerdings ist dieses in Deutschland nicht so stark, daß das Ministerium dadurch gespalten und in Uneinigkeit gebracht würde, wie das in England der Fall ist.

Die drei großen Fragen, die für die kommende Parlamentsession auf der Tagesordnung stehen, sind die bereits oben erwähnten: Home-Rule für Irland, Entschärfung der Kirche in Wales und Wahlrecht der Frauen.

Am Anfang sollte die Home-Rule-Frage zuerst an die Reihe kommen, denn ihre Durchführung war der Preis, den die irischen Nationalisten für ihren Beitritt zur Koalition der Liberalen und der Arbeiterpartei gegen die Unionisten verlangten.

Seht soll die Entschärfung zuerst verhandelt werden und wahrscheinlich aus dem naheliegenden Grunde, daß sie trotz der großen und lauten Agitation, die von konservativer und anglikanischer Seite dagegen entfällt, im Parlament glatt durchgeht. Was man von der Gewährung der Selbstverwaltung an Irland nicht voraussehen kann.

Die anglikanische Hochkirche im Fürstentum Wales besitzt ein ungeheures Vermögen, das sich aus Kirchen und Kathedrales, Bischofsspalästen und Pfarrhäusern und aus Einnahmen in der Höhe von nahezu fünf und einer 1/2 Mill. Mark jährlich zusammensetzt. Die Einwohner von Wales dagegen gehören zu 1/4 dissen- tierenden Gemeinden an, die sich von der Staatskirche losgelöst haben. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand, denn Besitz und Einnahmen der Kirchen stehen in keinem Verhältnis zu der Tätigkeit, die sie im besten Fall entfalten kann. Etwa zwei Drittel des Einkommens sollen daher durch das Entschärfungs- gesetz den Aufgaben der Verwaltung im Fürstentum zugewandt werden, während das Eigentum an den dem Kultus dienenden Gebäuden der anglikanischen Kirche verbleibt, deren Verwaltung eine gewisse Unabhängigkeit erhält.

Weniger einfach liegt die Erteilung der Selbstverwaltung an die Iren. Sie begegnet nicht nur bei den Unionisten, sondern auch bei einem Teil der irischen Bevölkerung selbst der härtesten Opposition, die sich namentlich auf die Grasshaff Ulster konzentriert. Bereits haben große Demonstrationen und Umzüge gegen Home-Rule stattgefunden und für die große Rede, die der Minister Curcill im nächsten Monat in Belfast für die Vorlage halten will, stehen weitere Demonstrationen bevor. Die irischen Heißsporne drohen sogar mit Gewalttätigkeiten.

Bereits einmal ist ein liberales Kabinett über die Home-Rule-Frage zu Fall gekommen und der Sturz Gladstones zog auch den Zusammenbruch der liberalen Partei nach sich. Dem jetzt damals haben die Liberalen keine Regierung mehr aus sich heraus bilden können, sondern sind auf das Zusammengehen mit anderen Parteien angewiesen gewesen. Es wird ein harter Kampf werden, der dem um das Betrecht des Oberhauses nicht nachsieht und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung zum zweitenmal über die Bill fällt. Denn die Einigkeit, die erste Voraussetzung für den Erfolg, ist nicht in dem Maße im Kabinett Alquist vorhanden, wie das bei dem Ernst der Lage erforderlich wäre. Zu erleichtern sucht sich die Regierung die Durchbringung der Bill dadurch, daß sie ihr den Charakter einer spezifischen Maßnahme für Irland nimmt und ihr mehr allgemeine Bedeutung gibt, indem sie sich auf den Standpunkt stellt, daß auch den andern Gebieten, aus denen England besteht, eine eigene Verwaltung gegeben werden müsse; dadurch wird die Vorlage auf Schottland und Wales ausgedehnt.

Immerhin aber ist die Sache auch so noch sehr fraglich und die Unionisten nutzen nach Kräften die augenblickliche Situation, die für die Regierung nicht günstig, aus, um eine möglichst große Mißstimmung gegen die Politik des liberalen Kabinetts zu erzeugen.

Erleichtert wird ihnen dies, wie bereits erwähnt, durch die Uneinigkeit unter den Ministern. Diese hat zwar mit der Home-Rule-Bill nichts zu tun, erschwert aber natürlich die Aktionsfähigkeit der Regierung auch in dieser Frage. Der Zwiespalt rührt vielmehr her von der Stellung der einzelnen Kabinettsmitglieder zu der Frage, ob den Frauen das Wahlrecht zu erteilen sei. Premierminister Alquist ist dagegen, der Schatzkanzler Lloyd George dafür. Beide haben ihren Anhang im Ministerium. Alquist sagt, man müsse die Entscheidung einem Referendum übertragen, Lloyd George behauptet, man dürfe kein Referendum veranstalten, weil man dadurch die Forderung der Unionisten, das Referendum als bleibende Einrichtung in die Verfassung aufzunehmen, billige. Habe man die Befragung des Volkes in der Angelegenheit des Wahlrechts der Lords nicht gestattet, so dürfe man sie auch jetzt nicht in der Wahlrechtsfrage der Frauen als letzte

Instanz ansehen. Und außerdem, bemerkt Lloyd George sehr richtig und nicht weniger wichtig, würden die Frauenrechtlerinnen sich einer Abstimmung von nur Männern gar nicht unterwerfen, und wenn das Referendum (was wahrscheinlich genug ist) gegen das Wahlrecht der Frauen lautete, so würde die Agitation der Frauenrechtlerinnen erst recht gefährliche Formen annehmen.

Es gibt Leute in England, und sie finden sich nicht nur unter den Gegnern des Kabinetts, die folgendermaßen argumentieren: Als die letzte unionistische Regierung Chamberlains Schutzpolitik in ihr Programm aufnahm, traten die freihändlerischen Kabinettsmitglieder zurück. Nun ist zwar die Frage des Frauenwahlrechts nicht so prinzipieller Bedeutung wie die Schutzfrage, immerhin aber wichtig genug, um ein einiges Ministerium zu verlangen, folglich müßten Lloyd George und sein Anhang zurücktreten. Der Unterschied ist nur der, daß der Schatzkanzler die stärkere Position hat und als der wahrscheinliche Nachfolger Alquiths gilt.

Erschwert wird die Stellung der Regierung noch durch die fortgesetzte sich verschärfenden Angriffe auf die auswärtige Politik Sir Edward Greys. Rabitate,

Arbeiterpartei und Nationalisten sind sich in der Beurteilung der deutschfeindlichen Haltung Greys einig. Sehr geschickt hat der neue Führer der Unionisten Bonar Law die Stimmung in seiner großen politischen Programmrede in der Albert Hall zu einem scharfen Angriff auf die Regierung benutzt. Er sagte: „Der Zwischenfall von Marokko hat ohne Krieg geendet, aber er endete auch damit, daß unsere französischen Freunde alle Vorteile bekamen, während alles Liebelwollen auf uns kam.“ Von der Mansion-House-Rede Greys sagte Law: „Vielleicht hat uns diese Rede vor einem Kriege bewahrt, aber sie bewahrte uns nur dadurch, daß sie in Deutschland einen Grad von Liebelwollen hervorrief, den zu befeitigen es Jahre und vielleicht eine Generation vernünftiger Staatskunst brauchen wird.“

Die Parlamentsession beginnt am 18. Februar, sie wird, das läßt sich aus dem kurzen Abriss der Verhältnisse, den wir oben gegeben haben, mit großer Wahrscheinlichkeit schließen, einer der bewegtesten und bedeutungsvollsten werden, die England seit langem gehabt hat.

Gustav Reppert.

Rundschau.

Der neue Reichstag und die Kolonialpolitik.

Die in der Presse vielfach vertretene Ansicht, daß die Kolonialpolitik vom neuen Reichstag nicht viel zu erwarten habe, entspricht, wie die „Neue Preussische Korrespondenz“ erfährt, keineswegs den Anschauungen der leitenden Kreise. Man gibt sich in diesen Kreisen vielmehr der Erwartung hin, daß, wie für die Fragen der nationalen Verteidigung, so auch für die Bewilligung maßvoller kolonialer Forderungen im neuen Reichstag stets eine Mehrheit vorhanden sein werde, da für eine vollständig ablehnende Haltung das Interesse für die Fragen der Kolonialpolitik in allen Kreisen des Volkes viel zu groß ist.

Die Verminderung der Schutztruppe in Südwestafrika.

Die Schutztruppe wird sich vom nächsten Etatsjahr ab zusammensetzen aus 6 Kompanien, 3 Kompanien mit angegliederten Maschinengewehrtruppen, 3 Gebirgsbatterien zu je 4 Geschützen und 1 Telegraphen- und Signalabteilung. Die Zahl der Offiziere dürfte sich dann auf 90, der Sanitätsoffiziere auf 20, der Unteroffiziere und Mannschaften auf rund 1900 belaufen. Zur Schutztruppe gehören ferner die Intendantur mit Bauperwaltung, das Sanitätsamt, die Justizbeamten, das Bezirkskommando mit 9 Wehrleitern, die Garnisonsverwaltung, 4 Proviantämter, 3 Lagerräte, 2 Sanitätsdeposits, 2 Artillerie- und Trainedeposits, 2 Pferdeposits und 2 Befehlshaberposits.

Kakao-Valorisation.

Für die wichtigsten Kakao-Exportstaaten wird unter dem Namen „Valorisation“ eine Monopolisierung des Kakaohandels geplant, um die Preise durch künstliches Fernhalten der Ware vom Markte über das im freien Verkehr erzielbare Maß hinauszutreiben, ähnlich wie es durch die brasilianische Kaffee-„Valorisation“ geschieht. Die Leitung dieses Unternehmens haben ebenso wie beim Kaffee internationale Finanzmächte. Offiziell hat die Regierung von Portugal die Sache in die Hand genommen. Die portugiesische Kolonie San Thomé erzeugt fast ein Sechstel der ganzen Kakaoerzeugung der Welt, etwa ebensoviele liefern Brasilien und Ecuador. Die Produzenten dieser drei demnach fast die Hälfte des Kakaoweltmarktes beherrschenden Länder sollen zunächst vereinigt werden. Ueber den bisherigen Erfolg des Unternehmens berichtet der Abgeordnete der portugiesischen Regierung: Er habe sowohl in Ecuador als auch in Brasilien vollen Erfolg gehabt. In Brasilien sei er zunächst auf Schwierigkeiten gestoßen, weil dort der Kakaobau nicht, wie in St. Thomé und Principe, in den Händen einiger großer Pflanzler liege, sondern von einer sehr großen Anzahl kleiner Ackerbauer. Es sei daher schwer gewesen, alle diese kleinen Pflanzler zusammenzubringen. Schließlich hätte aber eine große Anzahl derselben in einer Konferenz seinen Plänen zugestimmt. Für die brasilianischen Pflanzler kam auch in Betracht, daß sie nicht vermögend genug sind, um längere Zeit mit dem Verkauf ihrer Ernten zu warten. (Um so besser für die — Banken.) Es müßte das erforderliche Geld beschafft werden. Auch dieses scheint gelungen zu sein, denn man spricht davon, daß die Stadt Bahia beabsichtige, zu diesem Zwecke eine Anleihe auszugeben, zu deren Dienst ein Teil des Ausfuhrzolles auf Kakao verwendet werden solle. Auch haben sich angeblich schon Bankinstitute gefunden, die bereit sind, die Anleihe zu übernehmen. Man beabsichtigt, eine internationale Kommission zu ernennen, die den Kakaomarkt überwachen und die Preise anzuheben soll, zu denen verkauft werden kann. Daß der Plan aus dem Grunde scheitern sollte, daß es nicht möglich ist Kakao so lange zu lagern, wie z. B. Kaffee, wird von Kennern der Verhältnisse als nicht zutreffend bezeichnet. Man hat den brasilianischen Pflanzern vorgeschlagen, ihren Kakao sofort nach der Ernte nach Lissabon zu verladen und ihn dort lagern zu lassen. Ob durch die dadurch entstehenden Umlade- oder Lagerkosten der Kakao nicht zu sehr verteuert wird, ist freilich noch fraglich. — Dies ist eine Art der Ausnützung natürlicher Monopole einzelner Länder, wie sie mehr und mehr um sich greift. Den Vorteil dürften davon weniger die Produzenten als ihre Kreditgeber haben.

Kleine Rundschau.

Zur Lage der Reichsfinanzen. Die Reichseinnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren haben in den ersten neun Monaten des laufenden Etatsjahres 1224 Millionen Mark betragen, d. h. rund 124 Millionen Mark mehr, als der entsprechende Anteil am Etatsvoranschlag beträgt. Ob der Ueberschuß in dieser Höhe bis zum Schlusse des Etatsjahres andauern wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls kann man aber schon jetzt annehmen, daß an Zöllen und Steuern im Etatsjahre über 100 Millionen Mark mehr tatsächlich einkommen werden, als veranschlagt war.

Zur Frage der Mannschafsvorjorgung. In der Budgetkommission des Reichstages ist die erhebliche Steigerung der Verjorgungsgeldsumme für die Unteroffiziere und Gemeine zur Sprache gebracht, für die der letzte Etat 31 Millionen Mark zur Verjorgung stellt gegen 15 Millionen im Jahre 1900. Bei dem ausreichenden und guten Material, das sich den Etatskommissionen bei den alljährlichen Aushebungen stellt, erschien es der Budgetkommission auffallend, daß eine dauernde Steigerung des Militärpensionsfonds erforderlich ist. Es ist deswegen angeregt, eine noch peinlichere Untersuchung der Rekruten vorzunehmen und zu diesem Zweck sind eine Reihe von Anregungen aus der Mitte der Kommission gemacht worden.

Feststellung der deutschen Telefunkenlinie Sagnitz-Trelleborg. Wie uns mitgeteilt wird, sind die von der preussischen und der schwedischen Eisenbahnerverwaltung der Telefunken-Gesellschaft in Auftrag ge-

Depeschendienst des „Karlsruher Tagblattes“

Rohdruck und Weiterverbreitung unserer mit Korrespondenzbüros versehenen Meldungen ist nur mit beidseitiger Genehmigung des „Karlsruher Tagblattes“ gestattet.

Erfolg der Reichs- und preussischen Anleihe.

(Eigener Drahtbericht.)
m. Berlin, 29. Jan. In Voranmeldungen auf die heute zur Zeichnung aufliegenden 500 Millionen Mark Reichs- und preussische Anleihe sind — wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird — schon am Samstag so große Beträge gezeichnet worden, daß mit Sicherheit auf einen vollen Erfolg und nach den bisherigen Erfahrungen wahrscheinlich auf eine nicht unerhebliche Ueberschneidung zu rechnen ist; besonders hoch stellen sich die Anträge auf Schuldbuch eintragungen.

Politische Tätigkeit des Erzherzogs Franz Ferdinand in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 29. Jan. Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand hat die wenigen Stunden, die er bei den Tauffeierlichkeiten des jüngsten Sohnes des Kronprinzen hier zubrachte, zu eifriger politischer Tätigkeit benutzt. Zu dem feierlichen Empfang, der in der österreichisch-ungarischen Botschaft stattfand, waren auf seinen besonderen Wunsch der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen-Wächter geladen, mit denen er eine eingehende Besprechung hatte. Nachdem er der Kronprinzessin ein Diamantendiamant überreicht, kehrte er in die Botschaft zurück, wo der Kaiser erschien und aus einer statt nach Minuten zählenden Unterredung eine solche von 1/2 Stunden wurde. Mit dieser Unterredung muß wohl auch in Verbindung gebracht werden, daß der Kaiser heute früh beim Reichstanzler vorfuhr und eine Konferenz hatte.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ zum Wahlausfall.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 29. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: Politischer Tagesbericht: In den Erörterungen der Tagespresse über den Ausfall der Wahlen finden sich mehrfach Versuche, der Regierung die Schuld an dem Ergebnis zuzuschreiben. Sie habe die Finanzreform herbeigeführt und nichts gegen das Patieren der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie getan. Als sie eingegriffen habe, sei es zu spät gewesen. — Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Bemühungen der Regierung sind dauernd und nicht erst seit der Eröffnung der Wahlkampagne darauf ausgegangen, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien auszugleichen und sie auf den gemeinsamen Boden des staatlichen Gesamtinteresses zurückzuführen. Wenn diese Bemühungen an der Erbitterung der Parteien gescheitert sind, so trifft die Schuld jedenfalls nicht die Regierung; hätte sie in dem Streit um den inneren Wert für die eine oder die andere Seite Partei ergriffen, so hätte sie diese Versuche von vornherein zur Ausichtslosigkeit verdammt. Wohl aber lag es in der Richtung ihrer Aufgabe, die für die Finanzreform günstigen Ergebnisse der Reform mit Nachdruck darzulegen, so wie sie erkennbar waren und daß das bei jeder Gelegenheit und noch in den letzten Tagen der Reichstagsession geschehen ist, kann nicht bestritten werden. Der zweite Vorwurf, daß die Regierung es an Entschiedenheit in ihrer Stellung gegen die Sozialdemokratie habe fehlen lassen,

ist nicht minder haltlos. Die Auffassung der Regierung ist vor den Hauptwahlen wie vor den Stichwahlen mit voller Klarheit zum Ausdruck gekommen. An ihr liegt die Schuld also nicht, wenn die bürgerlichen Parteien sich zur gegenseitigen Unterstützung gegen die Sozialdemokratie nicht zusammengefunden und die Regierung in ihren Bemühungen um die Einigung des Bürgertums allein gelassen haben. In der gegenwärtigen Zeit sollten sich Blätter, die für die Stärkung der Staatsautorität eintreten, solcher unsinniger Vorwürfe gegen die Regierung enthalten.

Der Kaiser und die Jahrhundertfeier der Firma Krupp.

(Eigener Drahtbericht.)
Essen, 29. Jan. Der Kaiser hat Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach auf eine telegraphische Einladung zur Jahrhundertfeier des Kruppischen Werkes im August geantwortet, daß er diese annimmt.

Beginn der Kaiser-Manöver.

(Eigener Drahtbericht.)
Halle a. S., 29. Jan. Die Kaiser-Manöver beginnen am 10. September, unmittelbar nach der Rückkehr des Kaisers aus der Schweiz. Das 3. Armeekorps steht bei Jüterbog, das 4. bei Köhnbach, die beiden sächsischen Korps stehen bei Zeitzahn.

Kröcher gewählt.

(Eigener Drahtbericht.)
m. Berlin, 29. Jan. Nach amtlicher Feststellung erhielt im Wahlkreis Salzweil-Gardlegen v. Kröcher (tonf.) 13 465, Dr. Böhm (bei seiner Fraktion) 13 444 Stimmen. Von Kröcher ist somit gewählt.

Deutschland und die Liquidation der portugiesischen Kolonien in Afrika.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 29. Jan. Eine Korrespondenz veröffentlicht Mitteilungen über den Inhalt eines Geheimvertrags, der im Jahre 1898 zwischen Deutschland und England für den Fall eine Liquidation der afrikanischen Kolonien Portugals abgeschlossen worden ist. Seine Einzelheiten sind nicht gegeben worden und lauten dahin, daß Deutschland in Westafrika den angrenzenden Teil von Angola erhalten soll, wonach die deutsche Grenze nördlich bis zum 15. Grad reichen würde. In Ostafrika soll Deutschland ein Stück von Mozambique erhalten, wodurch das ganze portugiesische Ostufer des Ljassasees deutsch werden würde. Wie wir zuverlässig erfahren, ist das richtig. Vertragsgemäß muß aber Portugal den Wunsch nach Liquidation seiner Kolonien selbst äußern und diesen hat es bisher nicht zu erkennen gegeben.

Schülerelbstmorde.

(Eigener Drahtbericht.)
Stettin, 29. Jan. Zwei Schülerelbstmorde erregen hier großes Aufsehen. Es erschloß sich ein 16jähriger Schüler, Sohn eines höheren Zollbeamten. Als Ursache werden Schwierigkeiten angegeben, die sich dem Fortkommen des Schülers entgegenstellten. Sonntag vormittag erschloß sich ein 19 Jahre alter Schüler, der Sohn eines Beamten in Greifswald. Hier dürfte erbliche Belastung vorliegen, da die Mutter in einer Heilanstalt untergebracht werden mußte.

Großes Brandunglück.

(Eigener Drahtbericht.)
Breslau, 29. Jan. Eine große Feuersbrunst kam in einer Celluloid-Fabrik zum Ausbruch. Ein Arbeiter und eine Arbeiterin verbrannten, fünf Arbeiter erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Weitere Depeschen siehe „Letzte Nachrichten“.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.

WEISSE WOCHE

10%

doppelte
Rabattmarken

Kleiderstoffe und Seidenstoffe

zu den denkbar billigsten Preisen.

10%

doppelte
Rabattmarken

Kaiserstrasse
149

Carl Büchle

Kaiserstrasse
149

Inh.: A. Schuhmacher.

Eintracht Karlsruhe (e. V.)

Dienstag, den 30. Januar 1912, abends 8 Uhr,

KONZERT

unter gütiger Mitwirkung von Hofopernsängerin
Fräulein Bobi Ruf, Fräulein Hedwig Diefenbacher,
Herrn Kammeränger Jan van Gorkom, Herrn Hof-
schauspieler Felix Baumbach, Herrn Fritz Ruzek
(Begleitung), hierauf

Tanz-Unterhaltung.

Ende 12 Uhr.

Die Galerie bleibt geschlossen.

Der Vorstand.

Spanische

Weiß- und Rotweine, feinste Konsumweine, sowie Süßweine sind
eingetroffen und offerieren solche billigst.

Wiederverkäufern höchsten Rabatt.

Franz Fischer & Cie.

„Weingroßhandlung, Wein- und Trauben-Import-Geschäft“
Steinstraße 29. Telephon 163.

Weißer Woche

vom 29. Januar bis 5. Februar

doppelte Rabattmarken oder 10% in bar

auf sämtliche

**Haus- und Küchengeräte, Herde,
Glas, Porzellan und Steingut.**

Günstige Gelegenheit für Brautleute!

Ph. Nagel,

Kaiserstrasse 55.

Sonder-Verkauf

von Montag, den 29. Januar bis einschl. Montag, den 5. Februar.

Während desselben sind zurückgesetzte Waren aller Abteilungen zu

außerordentlich billigen Preisen

aufgelegt. Außerdem bewillige ich auf alle anderen couranten Lagerwaren

doppelte Rabattmarken od. 10% Rabatt.

A. H. Rothschild

Spezial-Wäsche- und Ausstattungs-Geschäft
Kaiserstraße 167 Telephon 1556.

Trauerbriefe liefert rasch und billig
die G. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.
Ritterstrasse 1, eine Treppe hoch.

Trauerhüte

in grosser Auswahl stets vorrätig.

Eckert-Kramer, 22 Karl-Friedrichstr. 22.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und
die zahlreichen Kranzspenden anlässlich des Hin-
scheidens unseres Lieben Gatten und Vaters

Lukas Kassel

Gipsermeister

sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung sprechen
hiermit innigsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

Karlsruhe, den 29. Januar 1912.

Briefpapier u. Karten in Kassetten

in reichster Auswahl sowie

sämtliche Galanterie-Waren
während der Weissen Woche
mit **10%**.

Papierhandlung Langer

Amalienstrasse 91 (Kaiserplatz).

Familien-Anzeigen

— Verlobungen, Vermählungen, Geburten, Todesfälle —
veröffentlicht man im
stark verbreiteten, in Karlsruhe und Umgebung in allen Kreisen
gelesenen

Karlsruher Tagblatt.

108. Jahrgang. — Älteste u. billigste Tageszeitung in Karlsruhe.